

# Auer Tageblatt

Abendausgabe enthält die Nachrichten und die Besprechungen der Tagesblätter. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abendausgabe enthält die Nachrichten und die Besprechungen der Tagesblätter. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf.

Abendausgabe enthält die Nachrichten und die Besprechungen der Tagesblätter. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf.

Nr. 99

Donnerstag, den 28. April 1932

27. Jahrgang

## Abrüstungsdebatte in den Genfer Ausschüssen

### Besprechungen des Kanzlers in engem Kreise

Genf, 26. April. Der Reichskanzler hat heute seine Besprechungen mit den hier weilenden Delegationsführern fortgesetzt. Er stattete am Vormittag zusammen mit MacDonald Staatssekretär Stimson einen längeren Besuch ab. Der Reichskanzler war von Staatssekretär von Bülow begleitet. Sodann empfing der Reichskanzler den Besuch des Generalsekretärs der Konferenz, Dr. Brünning, mit dem deutschen Delegierten zur Abrüstungskonferenz. Es verläutet, daß Lordieu Freitag hier eintreffen wird. Ueber die Abreise Brünnings ist noch keine Entscheidung getroffen.

Genf, 26. April. Im Laufe des heutigen Vormittags hatten der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning, der von Staatssekretär von Bülow begleitet war, und der englische Premierminister MacDonald mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson eine Unterredung, die auf amerikanischer Seite die beiden Delegierten auf der Abrüstungskonferenz, Hugh Wilson und Norman Davis, bewohnten. Gemäß der Verlaufsbearbeitung, die auf Grund gemeinsamer Vereinbarungen von britischer Seite erfolgte, ist diese Unterredung die Fortsetzung der bisherigen Besprechungen, die in der vergangenen Woche zwischen dem amerikanischen Staatssekretär und den übrigen Beteiligten, insbesondere dem Reichskanzler Dr. Brüning, gepflogen wurden. — Der heutige Meinungsaustausch galt einigen wichtigen Punkten der Abrüstungsfrage. Diese Besprechung wird nach der am Freitag erfolgenden Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten Lardieu nach Genf fortgesetzt. Demgemäß hat der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning seine eigentliche Reise für Mittwoch beabsichtigte Rückreise nach dieser Besprechung in Aussicht genommen.

### Stimson zitiert Lardieu nach Genf

Paris, 26. April. Auch die Agentur Havas berichtet heute, daß Ministerpräsident Lardieu noch in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag von Belfort, wo er seine letzte Wahlrede hielt, nach Genf reisen werde. Der Besuch dazu soll auf eine telephonische Unterredung zurückgehen, die Ministerpräsident Lardieu heute mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson hatte. Stimson soll nämlich den Wunsch geäußert haben, mit dem französischen Ministerpräsidenten zu sprechen, bevor er Genf verläßt. Lardieu beabsichtigt, am Freitag abend wieder nach Belfort zurückzufahren.

## Die Abschaffung der schweren Angriffswaffen

### Die technischen Ausschüsse an der Arbeit

Genf, 26. April. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag die gestrigen Beschlüsse der Konferenz über die weitere Gestaltung der Konferenzarbeiten genehmigt. Henderlon teilte mit, daß das Büro beschlossen habe, die Konferenzarbeiten vom Freitag, dem 18. Mai bis Montag, dem 16. Juni wegen der Pflanzpause zu unterbrechen. Ferner erklärte er, daß die Konferenz durch die Entschlüsse über die qualitative Abrüstung in ein entscheidendes Stadium eingetreten sei. Deshalb sei es für notwendig gehalten worden, daß die technischen Ausschüsse ohne Unterbrechung über den in der Entschlüsse bereits geregelten Grundlag der qualitativen Abrüstung sich darüber äußern, welche Waffen für diese Abrüstung in Frage kommen. Für die chemischen und bakteriologischen Waffen sollte zur Koordination der Arbeiten des Dritten Sonderauschusses Wuns gegebenfalls ein Gemischter Ausschuss aus Militär-, Marine- und Luftfahrtfachverständigen eingesetzt werden. Das Büro schlug vor, die Sitzungen des Hauptauschusses auszusetzen, bis die technischen Ausschüsse ihre Beratungen über die qualitative Abrüstung vorzulegen haben. Ferner erwartete man, daß die Delegationsführer die Zeit bis zum Wiederversammlung des Hauptauschusses dazu benutzen, um sich in privaten Besprechungen über die noch nicht vom Hauptauschuss erörterten Punkte zu Artikel 1 des Konventionentwurfes zu verständigen. Paul Boncour als einziger Diskussionsredner verlangte Klärung über die Erklärung des Präsidenten, daß der Grundlag der qualitativen Abrüstung durch die letzte Entscheidung des Hauptauschusses bereits geregelt sei. Er lege Wert auf die Feststellung, daß durch diese Entscheidung der Weg sowohl für das Verbot als für die Internationalisierung offen gelassen sei. Die französische Delegation sei damit einverstanden, daß die Internationalisierung von den technischen Kommissionen nicht entschieden werde, glaube aber, daß diese notwendigerweise dahin gelangen werden, für bestimmte Waffen die eine oder die andere Wahl vorzuschlagen. Erst nach Prüfung der französischen Vorschläge werde allerdings beurteilt werden können, was die Internationalisierung bedeute. Ohne den französischen Delegierten die verlangten Zusicherungen wegen der Internationalisierung zu geben, beschloß sich Henderlon auf die Wiederholung des Wortlautes der grundlegenden Entschlüsse dem er hinzufügte, es sei der Wunsch des Büros, daß die technischen Ausschüsse die Erörterungen des Hauptauschusses über die qualitative Abrüstung nicht wieder aufnehmen sollen.

### Die Arbeit der technischen Ausschüsse

Genf, 26. April. Die technischen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz haben heute vormittag die ihnen vom Hauptauschuss übermittelten Vorarbeiten zur Durchführung der qualitativen Abrüstung entsprechend der am Freitag gefassten Entschlüsse aufgenommen. Im Marinenausschuss zeigte der englische Vertreter die Tendenz, nur die Unterseeboote als Offensivwaffen des Seetrages im Sinne der Entschlüsse gelten zu lassen. Der Vertreter Italiens trat für eine beträchtliche Ausweitung des Begriffes der Angriffswaffen ein, zu denen er insbesondere auch die U-Boote und die Flugzeugmutterkessel rechnete. Der deutsche Delegierte, Freiherr von Rheinbaben, legte einen Entschlussesentwurf vor, nach dem entsprechend den auf den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages aufgedauten deutschen Vorschlägen die U-Boote (über 10000 Tonnen), die Flugzeugmutterkessel, die Unterseeboote, sowie alle chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel als Angriffswaffen im Sinne der Entschlüsse der Hauptauschusses zu gelten haben. Der deutsche Delegierte bemerkte dazu, Deutschland begrüße die Entschlüsse der Hauptauschusses, gewisse Waffen als besonders gefährlich und zum Angriff geeignet zu kennzeichnen. Es gäbe keine besseren Begriffsbestimmungen für diese Waffen als diejenigen des Versailler Vertrages. Die Tatsache, daß der Versailler Vertrag ausgezeichnete Richtlinien für die Abrüstung enthalte, sei von den Vertretern Italiens, Englands und Amerikas auf der jetzigen Konferenz ausdrücklich festgestellt worden.

Die Ausschüsse legen ihre Arbeiten morgen vormittag fort.

## Zur Lage in Preußen

Berlin, 26. April. In gut unterrichteten kommunistischen Kreisen des preußischen Parlaments wird dem Nachrichtenbüro erklärt, daß die KPD. mit allen Mitteln versuchen werde, eine Regierung der Nationalsozialisten in Preußen zu verhindern. Das bedeutet u. a. daß die Kommunisten es ablehnen werden, für die Wiederbeilegung der neuen Bestimmung der Geschäftsordnung zu stimmen, wonach auch die Neuwahl des Ministerpräsidenten nur mit absoluter Mehrheit erfolgen kann. Allerdings kündigen die Kommunisten an, daß sie gewisse Bedingungen stellen werden, die sie wahrscheinlich in Form von Anträgen dem neuen Landtag vorlegen werden.

Zimmerlin hat die kommunistische Haltung zur Folge, daß ein nationalsozialistischer Ministerpräsident nur gewählt werden könnte, wenn auch das Zentrum seine Zustimmung gibt. In Zentrumskreisen wird hierauf dem Nachrichtenbüro des B.D. gesagt, daß das Zentrum nicht imstande sein wird, einen von Adolf Hitler benannten Nationalsozialisten ohne weiteres als Ministerpräsidenten zu akzeptieren. Gegen Gregor Straser als preußischen Ministerpräsidenten hat man in Zentrumskreisen wegen der bayerischen Abstammung gewisse Bedenken. Eine offizielle Stellungnahme zu die er wie jeder anderen Kandidatur lehnt das Zentrum zurzeit ab. In Zentrumskreisen wird noch erklärt, daß das Zentrum bei der Besetzung des Landtagspräsidenten nach dem parlamentarischen Brauch vorgehen werde. Es würde aber nur für einen Nationalsozialisten als Präsidenten stimmen können, wenn die Nationalsozialisten gemäß dem parlamentarischen Brauch nicht die Wahl des von den Sozialdemokraten zu stellenden ersten Vizepräsidenten unmöglich machen sollten.

### Keine Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen

Berlin, 26. April. Das Generalsekretariat der Deutschen Zentrumspartei teilt mit: Die Meldung, daß Verhandlungen über eine Regierungsbildung in Preußen seitens der Nationalsozialisten mit der Zentrumspartei begonnen hätten, entsprechen nicht der Wahrheit.

## Groener beim Reichspräsidenten

Berlin, 26. April. Reichsminister Groener hat bei seinem heutigen Empfang durch den Reichspräsidenten die Ergebnisse der Prüfung unterbreitet, um die der Reichspräsident in dem bekannten Schreiben vom 15. April ersucht hatte. Es ist anzunehmen, daß Reichsminister Dr. Groener nunmehr von dem Ergebnis seiner Untersuchung und den Ergebnissen seiner heutigen Unterredung mit dem Herrn Reichspräsidenten in der nächsten Sitzung des Reichskabinetts Mitteilung machen wird. Wann dieses Kabinettsitzung stattfinden wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen, da noch nicht feststeht, wann der Reichskanzler aus Genf nach Berlin zurückkehrt. Dr. Brüning

Genf, 26. April. Wenn noch ein Zweifel darüber bestehen konnte, daß der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz sich in seiner erdrückenden Mehrheit für die Abschaffung bestimmter schwerer Waffen entschieden hat, so wurde dieser Beweis durch die heutige Sitzung überzeugend geliefert. Die Mitteilung Henderlons über die Beschlüsse des Büros gingen stillschweigend an der französischen Delegation vorüber. Jedermann hörte aus Henderlons Erklärungen die Entschlossenheit der Konferenz heraus, für die Abschaffung und Verhinderung bestimmter Waffen nunmehr die technischen Unterlagen zu schaffen. Dieser Eindruck war so deutlich, daß der französische Delegierte zu einer Intervention gezwungen war, die allerdings ihre Wirkung verfehlte und nur die völlige Isolation der französischen Gruppe nochmals unterstrich. Die weitere Aussprache über die Offensivwaffen wird den deutschen Vertretern in den technischen Kommissionen die Gelegenheit geben. In jedem einzelnen Falle den nicht nur von Deutschland, sondern auch von anderen maßgebenden Mächten vertretenen Standpunkt geltend zu machen, daß das Verbot bestimmter Waffen, das Deutschland im Versailler Vertrag aufgezungen und von ihm seit Jahren durchgeführt worden ist, nunmehr zum Bestandteil einer allgemeinen Abrüstungskonvention gemacht und dadurch auf alle anderen Mächte ausgedehnt werden muß.

wird jedenfalls morgen noch in Genf bleiben. Es ist möglich, daß er am Freitag die Rückreise nach Berlin antritt. Jedenfalls dürfte das Reichskabinett kaum vor Beginn der nächsten Woche zusammentreten.

## Reichstag am 9. Mai

Berlin, 26. April. Der Vizepräsident des Reichstags beschloß heute gemäß dem Vorschlag der Regierung, den Reichstag für den 9. Mai zu einer kurzen Tagung einzuberufen, in der die erste Lesung des Etats erledigt werden soll.

## Keine Reichstagsauflösung

Berlin, 26. April. Die wichtigste Entscheidung, die der Reichstag in seiner Tagung in der Pfingstwoche fassen wird, ist die über den Antrag der Nationalsozialisten auf Reichstagsauflösung. Das Schicksal dieses Antrages erscheint jedoch schon jetzt nicht zweifelhaft, da außer den Antragstellern keine einzige Partei ein Interesse an der Auflösung des Reichstags befundet und nach Auffassung weiter parlamentarischer Kreise auch tatsächlich nicht besteht. Man rechnet deshalb damit, daß dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wird.

## Heute Diskontsenkung

Berlin, 27. April. Wie B.Z. erfährt, ist der Zentralauschuss der Reichsbank für heute nachmittags 16.30 Uhr einberufen worden, um eine Diskontsenkung in Höhe von 1/2 Prozent zu erörtern.

## Die Arbeitszeit

Vor entscheidenden Konferenzen über die Kürzung Berlin, 26. April. Wie das Nachrichtenbüro des B.D. meldet, stehen bedeutsame Konferenzen der maßgebenden Stellen über die Kürzung der Arbeitszeit bevor. So findet am Donnerstag, dem 28. April, eine Aussprache der Reichsressorts mit dem Sozialminister statt. Über diese Frage steht am kommenden Freitag im Reichsarbeitsministerium eine Beratung mit den Vizepräsidenten des Ruhrbergbauverbandes über die Frage der Kürzung der Arbeitszeit angesetzt. Es ist anzunehmen, daß sich eine Aussprache der Reichsbehörden mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft, Arbeitgebern und Arbeitnehmern anschließt. Als Ergebnis dieser Beratungen ist dann eine entsprechende Vorlage des Reichsarbeitsministeriums zu erwarten, die nach Prüfungnahme mit dem Reichsrat von der Reichsregierung zu veröffentlichen wäre. In welchem Ausmaß die für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit notwendige Arbeitszeitkürzung durchzuführen ist, kann noch nicht gesagt werden. Der preussische Ministerpräsident Braun tritt für eine radikale Lösung, den Fünftundenarbeitstag, ein im Interesse der Wiedereingliederung aller Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß.